

Rostock – Korruptionsvorwürfe: Strenz hat bei Angaben gelogen – OZ

Rostock. Die wegen Lobby-Vorwürfen unter Druck geratene CDU-Bundestagsabgeordnete Karin Strenz hat bei ihren Angaben offenbar gelogen. Wie die Internetplattform abgeordnetenwatch.de berichtet, räumte Strenz ein, Angaben zu ihrem Aserbaidtschan-Job „verspätet“ gemacht zu haben. Schon Anfang 2016 war ihr demnach bekannt, dass sie gegen die Verhaltensregeln des Deutschen Bundestages verstoßen hatte.

Bei dem Vorfall geht es um ihre Nebentätigkeit für die aus Aserbaidtschan finanzierte Lobby-Firma Line M-Trade im Zeitraum von November 2014 bis Januar 2015. Vier Tage vor der Bundestagswahl hatte Strenz in einem öffentlichen Statement angegeben, „allen Transparenzanforderungen“ nachgekommen zu sein. „Die Einkünfte hieraus habe ich entsprechend der Geschäftsordnung beim Bundestagspräsidenten ordnungsgemäß angezeigt sowie ordentlich versteuert,“ schrieb Strenz am 20. September 2017.

Strenz spricht von „handwerklichem Versäumnis“

Jetzt behauptet Strenz laut abgeordnetenwatch.de, dass sie am 22. Februar 2016 Angaben zu ihrer Aserbaidtschan-Tätigkeit bei der Bundestagsverwaltung gemacht habe. Auf die verspätete Anzeige sei sie damals „von dem zuständigen Mitarbeiter der Bundestagsverwaltung hingewiesen“ worden, räumte Strenz ein. Dies sei „ein handwerkliches aber kein beabsichtigtes Versäumnis“ gewesen.

Strenz hätte ihre im November 2014 aufgenommene Tätigkeit spätestens im Februar 2015 beim Bundestag gemeldet haben müssen. Die Einkünfte daraus - insgesamt zwischen 14 000 und 30 000 Euro - hätten jeweils drei Monate nach Zahlungseingang angezeigt werden müssen.

Roman Ebener, Sprecher von abgeordnetenwatch.de, sagt: „Frau Strenz hat die Öffentlichkeit zu ihrem dubiosen Aserbaidtschan-Job belogen. Sie sollte ihr Mandat zurückgeben.“ Dass sie als langjährige Bundestagsabgeordnete die Transparenzpflichten angeblich nicht gekannt hat, sei unglaubwürdig.

Lobbyismus-Vorwürfe

Strenz war kurz vor der Wahl wegen Lobbyismus-Vorwürfen für die Regierung in Aserbaidtschan in die Schlagzeilen geraten. Sie wies diese Vorwürfe zurück. Der Fall war durch Recherchen der „Süddeutschen Zeitung“ und der ARD-Sendung

„Report Mainz“ ins Rollen gebracht worden. Ihren Wahlkreis 13 (Ludwigslust-Parchim II - Nordwestmecklenburg II - Landkreis Rostock I) hat sie mit erheblichen Einbußen verteidigt. Sie erhielt 30 Prozent der Stimmen.